

Es gibt nur eine Antwort: Mobilisierung!

Die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeitnehmer und Jugendlichen (CFE-CGC, CGT, FO, FSU, Union syndicale Solidaires, FIDL, MNL, UNEF, UNL) haben die Ankündigung des Premierministers vom späten Samstagnachmittag, Artikel 49-3 anzuwenden, zur Kenntnis genommen.

Dieses Regierungsverfahren ermöglicht es, den Gesetzesentwurf zur Rentenberechnung nach einem Punktesystem ohne Abstimmung in der Nationalversammlung zu verabschieden.

Dies zeigt die Ohnmacht der Regierung, auf die ernstesten und legitimen Fragen der Parlamentarier zu diesem unvollständigen, sehr ungenauen Gesetzesentwurf zu antworten, der viele Unbekannte enthält. Dies ist ein weiterer Beweis, falls es eines Beweises bedürfte, dass die Regierung sich weigert, sich auf eine Debatte einzulassen, und dieses Projekt des sozialen Rückschritts, das nur von einer Minderheit in der öffentlichen Meinung befürwortet wird, durchsetzen will.

Es wurden nun zwei Misstrauensanträge eingereicht, die die Regierung zwingen, sich mit einer allgemeinen politischen Stellungnahme zu erklären.

Die Organisationen bekräftigen ihren Widerstand gegen dieses Projekt und die Notwendigkeit, neue Rechte für Arbeitnehmer, Arbeitslose, Studenten, Gymnasiasten und Rentner zu schaffen.

Die Gewerkschaftsorganisationen CGT, FO, FSU, Solidaires, FIDL, MNL, UNL und UNEF rufen dazu auf, die Aktionen ohne Unterlass fortzusetzen, in allen auf lokaler Ebene beschlossenen Formen.

Sie rufen dazu auf, **zahlreiche Kundgebungen überall auf lokaler Ebene ab Montag, dem 2. März durchzuführen**, und Demonstrationen vor den Präfekturen und Unterpräfekturen am **Dienstag, dem 3. März** wenn im Parlament dieser Gesetzesentwurf durchgesetzt wird, auch durch den Rückgriff auf Streiks zu organisieren, um eine starke Botschaft der massiven Ablehnung dieses Textes zu senden.

Die sehr wichtigen massiven Mobilisierungen, die seit dem 5. Dezember initiiert wurden, wurden von dieser Regierung nicht gehört, aber treiben sie ins politische Abseits.

Sie setzen in diesem Rahmen die Durchführung eines großen berufsübergreifenden Streiks und von Demonstrationen im ganzen Land am Dienstag, dem 31. März, fort und verstärken sie, um dieses Gesetz und dessen Konsequenzen, falls nötig, zu vereiteln.

Montreuil 2. März 2020